

18. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

Arbeitsbedingungen an Berliner Schulen verbessern: Zehn-Punkte-Plan

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf:

- (1) zur Beseitigung von Unterrichtsausfall eine Lehrerausstattung von 110% (ohne Dauererkrankte) zu gewährleisten,
- (2) den Stundenpool zur Förderung der Team- und Unterrichtsentwicklung an Grundschulen gemäß Koalitionsvereinbarung auf insgesamt sechs Funktionsstunden zu erhöhen – spätestens ab dem Schuljahr 2019/20,
- (3) die Unterrichtsverpflichtung für Lehrer an Grund- und Sekundarschulen, an Gymnasien und an beruflichen Schulen auf 24 Wochenstunden zu reduzieren,
- (4) die Arbeitszeitkonten zum Ausgleich von Mehrarbeit wieder einzuführen,
- (5) Ermäßigungsstunden für Lehrer mit korrekturintensiven Fächern, Lehrer in Inklusionsklassen und Lehrer mit besonderen Aufgaben zu gewähren,
- (6) für Lehrer ab dem 50., 55. und 60. Lebensjahr – einschließlich der Inhaber von Funktionsstellen – eine Altersermäßigung um jeweils eine Stunde zu gewähren,
- (7) die obligatorischen Präsenztage am Ende der Sommerferien abzuschaffen und stattdessen die Entscheidung über die Notwendigkeit, zum Schulanfang Sitzungen anzuberaumen, den einzelnen Schulleitern zu überlassen,

(8) die laufbahnrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, um die Bestandslehrkräfte einschließlich der LUK-Lehrer gemäß Zusage der Bildungsministerin einheitlich nach A13/E13 zu besolden – ohne Auflage einer Fortbildung und spätestens ab Januar 2019,

(9) das von der Arbeitsgruppe Schulraumqualität in einem großen Beteiligungsverfahren erarbeitete Konzept für die Berliner Schule der Zukunft – ohne die von der Consultingfirma „aim“ vorgeschlagenen Reduzierungen – umzusetzen,

(10) die Klassenfrequenz an Gymnasien an die Integrierte Sekundärschule anzugleichen und auf maximal 26 Schüler zu begrenzen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. November 2018 zu berichten.

Begründung:

Arbeitsüberlastung, renitente Schüler, mangelnde Anerkennung und permanenter Lärm – Lehrer gehören zu der Berufsgruppe, die besonders häufig von Burnout betroffen ist. Zur Überwindung dieser Problemlage reicht keine psychologische Beratung zur Stressbewältigung. Es bedarf umfassender Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für Lehrer in Berlin soll einer Abwanderung in andere Bundesländer vorbeugen und die Chancen verbessern, Lehramtsstudenten und neue Lehrkräfte nach Berlin zu ziehen. Insbesondere die Arbeit von Lehrkräften an Grundschulen soll aufgewertet werden.

Um den Lehrermangel in Berlin nicht weiter zu verschärfen, gilt es, den Lehrerberuf in Berlin attraktiver zu gestalten. Durch Reduzierung der Unterrichtsbelastung und eine Angleichung der Besoldung an die bundesweit geltenden Tarifverträge wird für Lehrer der Anreiz vergrößert, nicht nur in Berlin die Ausbildung zu absolvieren, sondern auch nach dem Referendariat eine Stelle anzunehmen.

Gerade durch die Überlastung der Lehrer bedingt kommt es zu einem erhöhten Krankenstand. Um dem Unterrichtsausfall effektiv entgegenzuwirken, ist eine Lehrerausstattung von mindestens 110% notwendig.

Berlin hat sich in der Bildung viele zusätzliche Aufgaben aufgebürdet. Durch Inklusion und Flüchtlingskinder hat die Heterogenität der Klassen weiter zugenommen und damit die Arbeitsbelastung für Lehrer. Um Kinder in heterogenen Klassen individuell fördern zu können, ist eine längere Vorbereitungszeit für die Schulstunden erforderlich. Heterogenität der Klassen und gestiegenes Berichtswesen bedeuten zusätzliche Arbeit für den Lehrer. Die Unterrichtsverpflichtung für Lehrer muss umgehend reduziert werden, langfristiges Ziel sind 21 Wochenstunden.

Die Abschaffung der Arbeitszeitkonten bedeutete eine Erhöhung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich und somit eine weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Die Gutschrift der angeordneten Mehrarbeit ist wahlweise finanziell oder durch Freistellung vor Eintritt in

den Ruhestand auszugleichen. Die Stundenerhöhung sollte auf dem wiedereinzuführenden Arbeitszeitkonto rückwirkend ausgewiesen werden.

Die Einführung zweier zusätzlicher Präsenztage am Ende der Sommerferien stellt eine Mehrbelastung da, die nicht sachgeboten ist. Die Schulleiter sollen diesbezüglich die Flexibilität erhalten, autonom zu entscheiden. Drei Präsenztage sind zu viel!

Die Lage der Lehrer ist nicht nur eine sozialpolitische Frage, sondern auch eine Frage der Qualitätssicherung der pädagogischen Arbeit. Bei Überlastung können Schulstunden – dem eigenen Anspruch der Lehrer nach – nicht optimal vorbereitet werden. Dies führt zu Qualitätseinbußen in der pädagogischen Arbeit.

Die Überlastung der Lehrer wirkt sich auch negativ auf die persönliche Beziehung zwischen Lehrern und Schülern aus und beeinträchtigt dadurch die Qualität der pädagogischen Arbeit, denn die Beziehung zu den Schülern und die Persönlichkeit des Lehrers sind Grundpfeiler einer gelingenden Pädagogik. Arbeitszeit runter, Bildungsqualität rauf!

Das Gutachten der Consultingfirma im Auftrag des Senats untersuchte das Konzept der Arbeitsgruppe Schulraumqualität und empfahl immense Streichungen und Reduzierungen bei den Räumen. Diese Empfehlungen durch einen Blick von außen gehen an der Realität der pädagogischen Arbeit vorbei und werden Bedürfnissen von Schülern und Lehrern nicht gerecht. Die Bedeutung des Raums als dritter Erzieher ist eine pädagogische Binsenweisheit und muss beim Schulbau in vollem Umfang berücksichtigt werden. Widrige Raumverhältnisse verschlechtern die Lernfortschritte und das Arbeitsklima an Schulen. Lernen und Lehren kostet Mühe, Schüler und Lehrer sollen sich in der Schule aber wohlfühlen können. Eine einmal gebaute Schule kann man im Nachhinein nicht beliebig verändern und erweitern. Ein im Vorhinein beim Schulbau einkalkulierter Mangelzustand wäre Irrsinn!

Berlin, den 23. Februar 2018

Pazderski Kerker Tabor Bießmann
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion